

"EU-Minister unterzeichnen Vertrag" in The Guardian (27. Februar 2001)

Legende: Am 27. Februar 2001, nach der Unterzeichnung des Vertrag von Nizza kommentiert die britische Tageszeitung The Guardian die Diskussionen um die europäische Verteidigungspolitik.

Quelle: The Guardian. 27.02.2001. London. "EU ministers sign treaty but defence plan rankles",
auteur:Osborn, Andrew; Norton-Taylor, Richard.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/eu_minister_unterzeichnen_vertrag_in_the_guardian_27_februar_2001-de-8aecbb3c-ab06-4eca-9eco-a8fe6b283e04.html



Publication date: 05/07/2016

EU-Minister unterzeichnen Vertrag, doch Verteidigungspläne sorgen für Unruhe

Inmitten eines immer bittereren Streits über die im Entstehen begriffene europäische Verteidigungsfähigkeit ebneten die EU-Außenminister gestern den Weg für die Aufnahme von bis zu zwölf neuen Mitgliedstaaten über die kommenden zehn Jahre.

Obschon der historische Vertrag von Nizza, der im Dezember von den Regierungschefs der Europäischen Union vereinbart und gestern unterzeichnet wurde, Einzelheiten zur Gestaltung einer größeren und flexibleren Union nach dem Beitritt von Ländern wie Polen und Ungarn enthält, ist die vielleicht umstrittenste Passage die zur Frage der Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich.

Als Robin Cook und seine EU-Amtskollegen gestern Nachmittag ihr monatliches Treffen in Brüssel unterbrachen, um nach Nizza zu fliegen und dort ihre formelle Unterschrift zu leisten, waren sie sich des lang anhaltenden Streits darüber, ob die neue europäische Verteidigungsfähigkeit die NATO untergraben wird, nur allzu bewusst.

Das heißt nicht, dass der Rest des Vertrags ohne Hindernisse und Kontroversen aufgenommen wurde. Die unterschiedlichen Meinungen darüber, wie viele Stimmen jedes Land bei ausschlaggebenden Beschlüssen haben sollte, sorgen weiterhin für Unmut, zudem hatte Tony Blair schwer zu kämpfen, um das nationale Veto in der Steuerpolitik zu erhalten.

Die gestrige Feierstunde verlief jedoch glatt und ging nur unwesentlich über die geplanten 45 Minuten hinaus.

Alle unterzeichneten und lauschten höflich den kurzen, angemessenen Lobreden des Kommissionspräsidenten Romano Prodi, des französischen Präsidenten Jacques Chirac und des französischen Premierministers Lionel Jospin. Zum Thema Verteidigung wollte sich aber niemand äußern.

Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Tony Blair in Washington letzte Woche ließ US-Präsident George Bush verlauten, der Premierminister habe ihm versichert, die NATO werde das wichtigste Mittel zur Erhaltung des Friedens in Europa bleiben. Weiterhin habe er ihm zugesagt, dass die europäische Verteidigung die NATO nicht untergraben und dass die Planung innerhalb der NATO stattfinden werde.

Iain Duncan Smith, der verteidigungspolitische Sprecher im Schattenkabinett, bezichtigte Tony Blair daraufhin prompt der Lüge. Dem Premierminister wird auch nicht durch die Tatsache geholfen, dass Frankreich auf einem „autonomen Planungssystem“ der EU beharrt.

Leider wird der Vertrag nur wenig zur Lösung dieses im Kern parteipolitischen Disputs beitragen. Er hält sämtliche Optionen offen, indem er die Bedeutung der NATO hervorhebt, gleichzeitig jedoch auf die „autonome“ Beschlusskraft der EU verweist.

Wenn er eines unterstreicht, dann den Punkt, dass bisher keine Einigung über die Art der Zusammenarbeit zwischen NATO und EU besteht.

Formulierungen wie „die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik“ stehen Seite an Seite mit Maßgaben wie „sie achtet die Verpflichtungen bestimmter Mitgliedstaaten, die ihre gemeinsame Verteidigung in der NATO verwirklicht sehen“.

Die Verschleierung geht noch weiter, indem der Text betont, das Politische und Sicherheitspolitische Komitee der EU solle gegebenenfalls die politische Kontrolle und strategische Leitung von Operationen zur Krisenbewältigung besitzen.

An einer Stelle, die den Gegnern einer EU-Streitmacht Nahrung geben wird, heißt es, der Staatenbund solle die Fähigkeit erhalten, auf dem Gebiet der Sicherheit und der Verteidigung unabhängige Entscheidungen zu treffen und Maßnahmen zu ergreifen. Der Text, der voller Wenn und Aber und offenkundiger Widersprüche

steckt, trägt wenig zur Klärung der neuen Verteidigungsrolle der EU bei. Dies ist eindeutig ein Bereich, über den letztendlich die Mitgliedstaaten entscheiden werden.

Auch dort, wo die NATO weder eingreifen will noch einzugreifen braucht, sind dem Vertrag zufolge ganz klar EU-geführte Einsätze im internationalen Krisenmanagement, zur Krisenbewältigung und humanitären Einsätze durchaus vorstellbar. Allerdings bleibt die Beteiligung den einzelnen Mitgliedstaaten überlassen.

Der Text des Vertrags von Nizza muss nun von den fünfzehn Parlamenten der EU und vom Europäischen Parlament ratifiziert werden, bevor er rechtsverbindlich wird – wahrscheinlich nicht vor 2002.

Im Jahr 2004 findet dann eine Überprüfung statt, wobei zu erwarten ist, dass der Wortlaut zur Verteidigungspolitik seine Unschärfe verliert.